

Pressemitteilung

Soziales

7. Mai 2018

Altersarmut - Seniorenbeirat fordert eine existenzsichernde Rente

Trotz steigenden Wohlstands nimmt die Zahl der von Altersarmut betroffenen Menschen stetig zu. Auch in Augsburg. Laut jüngstem Sozialbericht (Stand 2016) erhielten hier 3000 Personen Grundsicherung im Alter – Tendenz steigend. Der Seniorenbeirat der Stadt Augsburg will sich damit nicht abfinden. Er beschloss auf seiner jüngsten Sitzung, einen „Forderungskatalog zur Ausgestaltung einer existenzsichernden Rente“ zu erarbeiten.

Damit will der Seniorenbeirat seine Möglichkeiten nutzen, politische Unterstützung für eine grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewinnen“, so der Vorsitzende des Seniorenbeirats Dr. Robert Sauter. Es sei nicht mehr hinnehmbar, dass Menschen die ihr ganzes Leben lang fleißig gearbeitet, aber im Niedriglohn wenig verdient haben, als Rentner direkt auf die Grundsicherung, also auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Mit der Einführung des Mindestlohns hat der Bundestag selbst das existenzsichernde Mindesteinkommen definiert. Daraus würde sich eine Mindestrente von rund 1100 Euro errechnen. Dass allein die Durchschnittsrente der Frauen mit 590 Euro

Kontakt für Rückfragen
Referat 3, Geschäftsstelle
Seniorenbeirat
Susanne Winter
Telefon: 0821 324 4325

Pressemitteilung

deutlich unter der Grundsicherung liegt, sei für sich schon ein sozialpolitischer Skandal. Außerdem wies Robert Sauter auf die „schleichende Entwertung der gemeinsamen Verantwortung der Gesellschaft für die sozialen Aufgaben“ hin. Sie zeige sich in der Tendenz, Anteile der sozialen Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung in den Bereich der privaten Altersvorsorge zu verschieben, womit Geringverdiener aber regelmäßig überfordert würden.

Ziel müsse es sein, so Robert Sauter, dass mit der Rente der im Erwerbsleben erreichte Lebensstandard auch im Alter gesichert ist. „Seniorinnen und Senioren dürfen nicht als lästige und teure Gruppe von Sozialtransfer-Empfängern betrachtet werden, sie haben für den Bestand und die Weiterentwicklung des sozialen und kulturellen Lebens eine eigenständige Bedeutung.“

„Zukunftsfähig, könnte das Modell einer Mindest-Grundversorgung sein, die aus einer Grundrente in Höhe des steuerlichen Existenzminimums von derzeit 735 Euro und zusätzlich aus selbst erworbenen Rentenansprüchen besteht. Wir brauchen mehr als nur kosmetische Änderungen, nämlich einen qualitativen Sprung, um aus der heutigen, von vielen als beschämend angesehenen Grundsicherung auf eine existenzsichernde Rentenhöhe zu gelangen. Dafür müssen wir uns politisch einmischen“, so Robert Sauter.

Monika Harrer-Jalovec M.A.

Stellv. Pressesprecherin

Abteilungsleitung Presse & Kommunikation